



## **Statement**

des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel,  
anlässlich der Präsentation von  
**„Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung 2022/23“**  
am 19. Oktober 2022 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

schön, dass Sie heute hier sind. Angesichts der Krisen ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Sie sich die Zeit nehmen, um der Veröffentlichung eines Buches beizuwohnen. Aber Sie haben eine gute Entscheidung getroffen. Denn unser Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung ist in diesen Krisenzeiten wichtiger denn je. Und Krisen hat unser Schwarzbuch schon einige begleitet – schließlich gibt es das Schwarzbuch seit einem halben Jahrhundert. Heute geben wir also das 50. Schwarzbuch heraus. Das Schwarzbuch 2022/23.

Wenn wir über die Krisen 2022 sprechen wollen, sollten wir auch auf das Jahr 2009 schauen, auf die damalige Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise. Auch damals beherrschten Verunsicherung, Rezession und rasant steigende Staatsschulden die politische Debatte.

Gleichwohl war das Jahr 2009 eines der erfolgreichsten Jahre für die Arbeit unseres Verbandes. Denn damals wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert – ein Lohn für unsere konsequente Forderung und ein weiser Schritt für die Politik, wie die folgenden Jahre gezeigt haben. Denn die Schuldenbremse für den Bund und der Schuldenstopp für die Länder waren die richtige Reaktion auf eine hausgemachte jahrzehntelange Verschuldungspolitik.

Die Schuldenbremse ist auch ein wichtiges Sicherheits-Signal für die Finanzmärkte. Die Schuldenbremse zeigt nämlich den Geldgebern, dass sich der Staat nicht überschulden wird und dass das geliehene Geld sicher ist. Dies ermöglicht es der Bundesrepublik, auch in Krisenzeiten handlungsfähig zu sein, um Bürgern und Betrieben helfen zu können.

Vor allem auch für die kommenden Generationen hat die Schuldenbremse eine wichtige Schutzfunktion. Sie fordert die Politik zu einem generationengerechten Haushalten auf, um auch in den Krisen von morgen handlungsfähig zu sein. Umso wichtiger ist es, gerade jetzt für den Erhalt der Schuldenbremse einzutreten. Denn allzu gern sehen jene ihre Zeit gekommen, denen die Schuldenbremse schon immer ein Dorn im Auge war.

Auf den ersten Blick mag ein Schleifen der Schuldenbremse der leichteste Weg sein. Bei genauem Hinsehen wird aber klar, dass dies der falsche Weg wäre. Schließlich müssen die Schulden auch zurückgezahlt werden! Ab 2028 müssen allein die 2020 bis 2022 aufgenommenen Corona-Schulden mit mehr als 12 Milliarden Euro jährlich getilgt werden. Zudem engt der Schuldendienst den Handlungsspielraum ein. So plant der Bund im kommenden Jahr mit fast 30 Milliarden Euro – 30 Milliarden also nur dafür, um die Zinsen auf seine Kredite zahlen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei weitem ist nicht jede Ausgabe, für die Schulden aufgenommen wurden, sinnvoll, um auf die Krise zu reagieren oder in die Zukunft zu investieren. Mit anderen Worten: Heute lohnt es sich umso mehr, bei den Ausgaben genau hinzusehen und für die Schuldenbremse zu kämpfen.

Dass sich Kämpfen lohnt, zeigt auch die Geschichte unseres Schwarzbuchs. Heute halten Sie die 50. Ausgabe in den Händen. Vor einem halben Jahrhundert haben wir erstmals eine Sammlung von Fällen der öffentlichen Verschwendung herausgegeben. Seitdem dokumentieren wir fortlaufend den Umgang mit unserem Steuergeld, der häufig sorglos ist.

Dabei geht es uns nicht darum, Verfehlungen einzelner Personen anzuprangern, sondern darum, wiederkehrende Muster aufzuzeigen, die zur Verschwendung von Steuergeld führen. Nur so kann Verschwendung eingedämmt werden! Wichtig ist uns auch, die Diskussion über Verschwendung und alternative Verwendung von Steuergeld anzuregen.

Genau damit sind wir erfolgreich. Viele Projekte wurden gestoppt oder nachgebessert. Vor allem haben unsere Recherchen zu unzähligen Nachfragen in Parlamenten und von Bürgern geführt. Damit haben wir die Debatte um die Verwendung öffentlicher Mittel dahin getragen, wo sie in einer lebendigen Demokratie hingehört: in die Öffentlichkeit und in die Parlamente.

Mittlerweile ist unser Schwarzbuch ein Synonym für Steuergeldverschwendung an sich. Damit haben wir dieses Thema, genauso wie das Thema Staatsverschuldung mit unserer Schuldenuhr, in vielen Köpfen verankert – die Menschen sind sensibilisiert und aufmerksam. Dadurch sind Verwaltung und Politik ebenfalls sensibilisiert – und gewarnt! Und das mit Erfolg: Besonders dreiste Arten der Verschwendung wie Dienstwagen-Skandale beobachten wir nur noch selten.

Dennoch gibt es massive Fehlentscheidungen. Und leider muss ich sagen: Diese wird es auch weiterhin geben, weil Menschen handeln und fehlbar sind. Das wissen wir natürlich – doch gerade deshalb hört unser Kampf gegen einen sorglosen Umgang mit Steuergeld nicht auf.

So berichten wir auch in diesem Jahr von Problemen beim öffentlichen Bauen. Wir dokumentieren, bei welchen Gebäuden im Berliner Regierungsviertel die Kosten aus dem Ruder laufen – beispielhaft nenne ich das Elisabeth-Selbert-Haus Unter den Linden. Noch bevor das Verwaltungsgebäude für den Deutschen Bundestag in die Höhe wächst, haben sich die Kosten bereits verdreifacht – auf rund 89 Millionen Euro.

Und nun geht es in einzelne Regionen quer durch Deutschland. Ein Beispiel kommt nämlich aus Hessen: In Egelsbach wurde für 125.000 Euro ein neuer Kreisverkehr gebaut, der auch als Wendeschleife für Busse dienen soll. Doch der Kreis ist einfach zu klein – Busse kommen kaum um die Kurve. Nun soll umgebaut werden. Kosten für die Nachbesserungen: 75.000 Euro.

Im bayerischen Traunstein wurde eine Fußgänger- und Radwegbrücke für 150.000 Euro mit elektrischen Heizmatten ausgestattet, um im Winter besser gegen Schnee und Eis gerüstet zu sein. Doch offenbar wurden die Kosten für den Stromverbrauch nicht bedacht. Diese schlugen bereits 2021 – also noch vor der Energiekrise – mit rund 23.000 Euro zu Buche. Die teure Bodenheizung wurde mittlerweile abgeschaltet.

Nicht abgeschaltet wurde eine Licht- und Video-Show am Deutschen Bundestag. Dort wurde über rund 3 Monate eine Show zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus aufgeführt – jeden Abend zweimal. Das Thema ist wichtig, keine Frage. Doch angesichts von Rekordschulden und Tipps zum Energiesparen für uns Bürger wirkt diese Aktion mit viel Licht und Kosten von rund 1,2 Millionen Euro komplett aus der Zeit gefallen.

Aus der Zeit gefallen ist auch, dass in Deutschland zwei staatliche Bio-Siegel existieren: das EU-weit verpflichtende EU-Bio-Siegel sowie das freiwillige deutsche Bio-Siegel. Das Problem: Beide basieren auf denselben Vorschriften. Diese teure Doppelstruktur existiert schon seit 2010. Dennoch hält der Bund am freiwilligen deutschen Siegel fest – zulasten der Steuerzahler, die hier für Personal- und Verwaltungskosten jährlich rund 237.000 Euro zahlen müssen.

Ebenfalls in die Kategorie der „teuren Imagepflege“ fällt ein Fall aus Rheinland-Pfalz. Für rund 10.000 Euro hatte das Umweltministerium Facebook-Werbung geschaltet, die sich gezielt an Interessenten einer Partei richtete. Dabei wurde der Grundsatz nicht berücksichtigt, dass staatliche Öffentlichkeitsarbeit neutral sein muss. Doch es kommt noch dicker: Nach Bekanntwerden des Skandals beauftragte das Ministerium sogar noch ein Gutachten, dass genau zu diesem erwartbaren Ergebnis kam: Dass staatliche Öffentlichkeitsarbeit nämlich neutral sein muss. Die Kosten für das unnötige Gutachten: 45.000 Euro – und damit vier Mal so teuer wie die bereits unzulässige Werbung.

Jetzt zu einem Fall aus dem benachbarten Baden-Württemberg: Für ihr fahrradfreundliches Image wollte die Landesregierung etwas tun. So wurden mehr als 130.000 sogenannte Pendler-Brezeln verteilt, die sich Radfahrer bei teilnehmenden Bäckereien gratis abholen konnten. Wobei „gratis“ in diesem Fall nur eine Frage der Perspektive ist. Denn die Steuerzahler hat die vermeintlich spendable Aktion mehr als 58.000 Euro gekostet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Kritik richtet sich auch gegen Beispiele, die belegen, dass die Politik auch bei sich selbst sehr spendabel ist.

Beginnen möchte ich im Norden. Im Mai wurde der Landtag von Schleswig-Holstein neu gewählt. Durch den Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten ist die Zahl der Abgeordneten geschrumpft, zudem gibt es eine Fraktion weniger. Zu weniger Kosten führt das alles aber nicht: Die Fraktionen haben sich ihre Gelder von 6,9 auf 7,3 Millionen Euro erhöht. Und die Landtagspräsidentin hat jetzt 5 statt bisher 3 Stellvertreter. Bei den Entscheidungen waren sich die Politiker auffallend einig: Die Beratung dauerte nicht einmal 5 Minuten.

Im Land Bremen haben die Abgeordneten in diesem Jahr eine Reform des Wahlgesetzes beschlossen. Hintergrund sind die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen der Städte Bremen und Bremerhaven. Damit in der Bremischen Bürgerschaft kein Ungleichgewicht zwischen den Mandaten der beiden Städte entsteht, musste eine Reform her. Doch statt einfach einen Bremerhavener Sitz zu streichen und die Anzahl der Abgeordneten insgesamt konstant zu halten, beschloss man kurzerhand, dass nach der kommenden Wahl 3 Abgeordnete mehr in der Bremischen Bürgerschaft sitzen werden. Mehrkosten für die kommende Wahlperiode: rund 1,7 Millionen Euro.

Auch etwas weiter südlich gibt es Anlass zur Diskussion: Alle 3 mitteldeutschen Landtage, also Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, leisten sich – bezogen auf die Einwohnerzahl – überdurchschnittlich viele Abgeordnete. Selbst bei einer moderaten Reduzierung von jeweils 20 Abgeordneten könnten allein bei den Diäten und den Aufwandsentschädigungen Millionenbeträge eingespart werden.

Klar ist: Demokratie kostet und muss uns etwas wert sein. Aber wir leben in besonderen Zeiten. Politik muss zeigen, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Wenn die Bürger und Betriebe sparen müssen und die öffentlichen Schulden steigen, muss auch die Politik Demut bei den Ausgaben für eigene Zwecke zeigen und praktizieren. Die Politik muss sich immer vor Augen führen: Sie verwaltet als Treuhänder das Steuergeld der Bürger und Betriebe. Zu Recht ist die Erwartungshaltung der Steuerzahler hoch, sorgsam und sparsam mit ihrem Geld umzugehen – gerade im Bereich der üppigen Politikfinanzierung.

Nicht zuletzt möchte ich auf ein Thema hinweisen, das mir besonders wichtig ist: die digitale Staatsmodernisierung. Denn hier schlummert nicht nur der eine oder andere Fall von Steuergeldverschwendung, sondern vor allem enormes Potenzial für Entbürokratisierung und einen effizienten, modernen und bürgerfreundlichen Staat.

Hierfür ein prominentes Beispiel: Ein Flop mit Ansage war leider die „ID Wallet“, eine Art digitale Brieftasche für das Smartphone. Mit großen Worten startete die alte Bundesregierung 2021, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, den digitalen Führerschein und eben die „ID Wallet“, in der dieser Führerschein gespeichert werden konnte. Kurz darauf wurden der digitale Führerschein und die App aber zurückgezogen – Sicherheitsbedenken und Frust der Nutzer waren einfach zu groß. Allein für die App hat die Bundesregierung rund 1 Million Euro ausgegeben. Auch heute, mehr als ein Jahr danach, ist die „ID Wallet“ bzw. der digitale Führerschein nicht wieder verfügbar. Die Probleme sind offenbar struktureller Natur und zeigen, dass bei der digitalen Brieftasche auf das falsche Konzept gesetzt wurde – stattdessen hätte man den seit mehr als 10 Jahren bestehenden elektronischen Personalausweis nutzerfreundlicher weiterentwickeln können. Das ist ärgerlich, weil Steuergeld in den Sand gesetzt wurde. Mehr noch: Das ist besonders ärgerlich, da sichere und einfache Möglichkeiten für die Bürger, sich elektronisch auszuweisen, eine wesentliche Grundvoraussetzung dafür sind, um mehr staatliche Leistungen online in Anspruch zu nehmen. Und es ist eine Voraussetzung, um unsere Verwaltung effizienter zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese und viele weitere Fälle zeigen: Noch immer wird Steuergeld verschwendet. Ziel unserer Arbeit ist es, in jedem Fall zu einer besseren Ausgabenpolitik beizutragen. Das ist heute wichtiger denn je, denn die Staatsausgaben sind zuletzt nochmals deutlich gestiegen und die fiskalischen Spielräume werden eher kleiner – durch eine hohe Verschuldung und den demografischen Wandel.

Dem muss auch die Politik Rechnung tragen. Stattdessen werden Hunderte Milliarden Euro an neuen Schulden in Nebenhaushalten aufgenommen und der Haushalt nicht auf Sparpotenziale durchforstet. Dabei finden sich dort viele fragwürdige Ausgaben – von einem Erweiterungsneubau des Kanzleramts, dessen Kosten schon vor dem ersten Spatenstich aus dem Ruder laufen und der nach jüngsten Schätzungen 777 Millionen Euro kosten wird, über eine verschleppte Wahlrechtsreform für den XXL-Bundestag bis hin zu Milliardenausgaben für die Kaufprämie für Elektroautos.

Angesichts dieser Lage fordere ich: Jeder Minister muss ein Sparminister sein! Damit ist nicht gemeint, dass bei Entlastungen gespart werden soll. Nein, jeder Minister muss seinen Haushalt auf verzichtbare Ausgaben hin durchforsten.

Mit unserer Arbeit tragen wir dazu bei, dass die Bürger über die Ausgaben ihres Steuergelds informiert werden und dass darüber diskutiert wird. Dies ist der Kern einer lebendigen Demokratie! Daran hat das Schwarzbuch seinen Anteil – seit 50 Jahren und auch in der Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!